

Sandra Glammeier, Monika Schröttle, Claudia Hornberg

Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen

Fachtagung zur Präsentation und Diskussion zentraler Ergebnisse des Forschungsprojekts „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ im Rathaussaal der Stadt Bielefeld am 26.4.2012

Im Kontext des Forschungsprojektes „Lebenssituation und Belastungen von Frauen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Deutschland“ veranstalteten das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) und die Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle der Stadt und dem Frauennotruf Bielefeld am 26.4.2012 eine Fachtagung im Rathaussaal der Stadt Bielefeld. Das im Auf-

trag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführte Forschungsprojekt wurde in Kooperation des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) sowie der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld unter der Leitung von Dr. Monika Schröttle und Prof. Dr. Claudia Hornberg durchgeführt. Auf der Fachveranstaltung wurden die methodische Durchführung des Projektes sowie die Ergebnis-

se vorgestellt und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert.

Ein Hintergrund des Projektes ist die UN-Behindertenrechtskonvention. Die Konvention verpflichtet zum Abbau von Diskriminierungen und zur Förderung und Gewährleistung von Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und hebt hier insbesondere die Mehrfachdiskriminierungen und verstärkte Gewaltbetroffenheit von Mädchen und Frauen mit Behinderungen hervor. Zwar liegen international bereits einige Studien zu Gewalt gegen Mädchen und Frauen mit Behinderungen vor. Aufgrund der schwierigen Zugänge zu Menschen mit verschiedenen Behinderungen und methodischen Schwierigkeiten, z. B. hinsichtlich der Befragungsweise (z. B. bei Menschen mit sogenannten geistigen Behinderungen), fehlen repräsentative Studien jedoch bisher weitgehend. Dieser Herausforderung stellte sich das genannte Forschungsprojekt und erstellte eine der international ersten repräsentativen Studien zu Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen.

Befragt wurden bundesweit über 1.500 zufällig ausgewählte Frauen mit verschiedenen Behinderungen, die in Privathaushalten sowie in unterschiedlichen Einrichtungen leben. Einbezogen wurden Frauen mit und ohne Behindertenausweis, mit Seh-, Sprech-, Körper-, psychischen oder Mehrfachbehinderungen, mit sogenannten geistigen Behinderungen (Befragung in vereinfachter Sprache) und mit Hörbehinderungen (Befragung durch gehörlose Interviewerinnen in Deutscher Gebärdensprache).

Die Ergebnisse der Studie zeigen auf, dass alle befragten Gruppen von Frauen mit verschiedenen Behinderungen erheblich höhere Prävalenzen bei den unterschiedlichen Gewaltformen und -kontexten aufweisen und hier insbesondere auch (sexuelle) Gewalt in Kindheit, Jugend und im Erwachsenenleben von großer Bedeutung sind. Frauen mit Behinderungen waren, je nach Gewaltform und Untersuchungsgruppe, etwa zwei- bis dreimal häufiger von Gewalt betroffen als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. Tatkontexte waren häufig Familien- und Paarbeziehungen, Mitbewohner/-innen (seltener Personal) in Einrichtungen. Aber auch in allen anderen Lebensbereichen (Arbeitswelt, Bekanntenkreis, öffentlicher Raum) waren Frauen mit Behinderungen einem erhöhten Maß von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt ausgesetzt. In der Studie ließen sich besondere Vulnerabilitäten einzelner Gruppen von Frauen mit Behinderungen (z. B. gehörloser Frauen oder Frauen mit psychischen Beeinträchtigungen) erkennen. Außerdem wurden ein hohes Ausmaß an multiplen Gewalterfahrungen im Lebensverlauf und

ein wechselseitiger Zusammenhang von Gewalterleben und Behinderung deutlich. Darüber hinaus konnten in hohem Maße personale und strukturelle Diskriminierungen von Frauen mit Behinderungen festgestellt werden, die ebenfalls aufzeigen, dass die in der UN-Behindertenrechtskonvention eingeforderten Rechte in Deutschland bislang nicht umgesetzt sind.

Die Bielefelder Tagung war – abgesehen von einer Kurzvorstellung der Studie im Rahmen einer Veranstaltung von Weibernetz e.V. und Mensch zuerst e.V. am 22. November 2011 in Berlin – die erste Tagung, auf der die Methoden und Ergebnisse der verschiedenen Studienteile ausführlich vorgestellt wurden. Die Tagung traf überregional auf großes Interesse. Anwesend waren über 300 Gäste aus Politik, Wissenschaft und Fachpraxis, insbesondere AkteurInnen im Kontext von Behinderung und Gewalt.

Nachdem Begrüßungsworte von Ilse Buddemeier (Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bielefeld), Prof. Dr. Gerhard Sagerer (Rektor der Universität Bielefeld), Angelika Diggins-Rösner (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, BMFSFJ), Brigitte Faber (Weibernetz e.V. Kassel) und Magdalene Sadura (Frauennotruf Bielefeld) an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung gerichtet worden waren, führte Prof. Dr. Claudia Hornberg (Fakultät für Gesundheitswissenschaften und IFF der Universität Bielefeld) in die Zielsetzungen der Studie ein. Anschließend stellten Dr. Henry Puhe (SOKO Institut Sozialforschung und Kommunikation, Bielefeld) und Dr. Monika Schröttle (IFF der Universität Bielefeld und Universität Gießen) das Forschungsdesign der Studie und die Erhebungsmethoden vor. Dr. Sandra Glammeier (IFF und Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld) und Prof. Dr. Claudia Hornberg präsentierten die Ergebnisse zur Lebenssituation, zu den soziostrukturellen Merkmalen und Beeinträchtigungen der befragten Frauen sowie zum Versorgungsbedarf und den Herausforderungen des Gesundheitswesens.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen, das zum regen Austausch und zur Anbahnung von fachübergreifenden Kontakten und Kooperationen Gelegenheit bot, wurden die Ergebnisse hinsichtlich der Gewaltbetroffenheiten vorgestellt. Dr. Monika Schröttle präsentierte die zentralen Ergebnisse zu den Ausmaßen und Kontexten von psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt in Kindheit, Jugend und Erwachsenenleben und Dr. Brigitte Sellach (Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Frauen- und Genderforschung e.V., GSF e. V., Frankfurt) legte die Ergebnisse zu struktureller Gewalt und Diskriminierung dar. Anschließend stellte Prof. Dr. Barbara Kavemann

(Sozialwissenschaftliches FrauenForschungsInstitut Freiburg, SOFFI.F, Büro Berlin) die Ergebnisse der in die Untersuchung integrierten qualitativen Studie zum Unterstützungsbedarf gewaltbetroffener Frauen mit Behinderungen, zur Unterstützungssuche und zu den Barrieren ins Hilfesystem vor. Abschließend zog Brigitte Faber, Weibernetz e.V., ein Fazit und hob die Bedeutung der Ergebnisse für Politik und Praxis hervor.

Den Präsentationen folgten angeregte Diskussionen mit dem Fachpublikum. Von Seiten der Fachpraxis erfuhr die Studie eine große Wertschätzung, z. B. aufgrund der Breite der einbezogenen Gruppen von Frauen mit Behinderungen oder der Erhellung eines großen Dunkelfeldes von Frauen ohne Behindertenausweis. Zugleich wurde mehrfach gefordert, dass die Studienergebnisse auch politische Konsequenzen nach sich ziehen müssen. Da die Studie neben neuen Erkenntnissen vieles bestätigt, was von der Fachpraxis bereits seit vielen Jahren als Problem angemahnt wurde, äußerten Tagungsteilnehmerinnen ihre berechnete Ungeduld angesichts des mühsamen Kampfes um die Verbesserungen der Lebenssituation behinderter Frauen und ihres Schutzes vor Gewalt. Insgesamt waren sich Forscherinnen und Forscher sowie die Fachpraxis weitgehend einig, dass die vorliegenden repräsentativen Untersuchungsergebnisse die Einschätzungen der Fachpraktikerinnen untermauern und damit ihren Forderungen Nachdruck verleihen, auch im Hinblick auf das Erfordernis verstärkter Aktivitäten in Politik, Behindertenhilfe und Gesundheitswesen. Die Bereitstellung finanzieller Ressourcen zum Ausbau von Interventions-, Unterstützungs- und Präventionsmaßnahmen, die dem Bedarf gewaltbetroffener Frauen mit Behinderungen gerecht

werden, wurde nachdrücklich gefordert. Dabei wurde auf die Schwierigkeit verwiesen, dass großenteils entsprechende Angebote nicht nur nicht ausreichend seien, sondern teilweise sogar gänzlich fehlten. Dies sei auch in Bezug auf die geplante allgemeine bundesweite Hotline für von Gewalt Betroffene zu berücksichtigen: Solange keine regionale Gewaltschutz-Infrastruktur für Frauen mit Behinderungen zur Verfügung stehe, sei auch keine Weitervermittlung über ein Hilfetelefon möglich. Gleichzeitig wurde die geplante bundesweite barrierefreie Hotline als hilfreich hervorgehoben, einigen bestehenden Problemen, etwa der aufgrund fehlender Ressourcen eingeschränkten Erreichbarkeit von Unterstützungsangeboten, entgegenzuwirken. Darüber hinaus wurde die für die Verbesserung der Lebenssituationen der Frauen mit Behinderungen erforderliche Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Fachbereichen in Gemeinden, wie z. B. in der Städteplanung und im Verkehrswesen, angesprochen. Abschließend wurde der Vorschlag unterbreitet, auf der Basis der Ergebnisse der Studie gemeinsam im Rahmen eines Implementierungsworkshops Schlussfolgerungen und Handlungsstrategien für die Praxis zu erarbeiten, um die Nachhaltigkeit der Aktivitäten zu forcieren.

Die Ergebnisse der Studie können auf der Homepage des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung (IFF) der Universität Bielefeld als PDF (60-seitige Kurzfassung sowie eine Kurzfassung in leicht verständlicher Sprache) heruntergeladen werden: www.uni-bielefeld.de/IFF/for/for-gewf-fmb.html. Die Kurzfassung der Studie finden Sie in diesem Journal in der Rubrik „Beiträge“.

Kontakt und Information

sandra.glammeier@uni-bielefeld.de
monika.schroettle@uni-bielefeld.de